

Die PTT-Union ist empört über verschobene Besoldungsmassnahmen.

„Verstoss gegen Treu und Glauben“

Die Pöstler sind sauer: Der Bundesrat will die im Mai verabschiedeten Besoldungsmassnahmen verschieben. Die PTT-Union Olten warnt vor einer noch prekäreren Personalsituation. Die „AZ“ dokumentiert das Communiqué im Wortlaut:

„Die Platzunion Olten hat von der beabsichtigten Verschiebung der Besoldungsmassnahmen 1991 für das Bundespersonal Kenntnis genommen. Dieser Entscheid ist für die Geschäftsleitung, wie für die ganze Mitgliedschaft unverständlich. Wir betrachten das Vorgehen des Bundesrates als Verstoss gegen Treu und Glauben, denn am 2. Mai 90 wurde eine Botschaft an die eidgenössischen Räte verabschiedet. In dieser wird eine generelle Lohnerhöhung von 3 Prozent verlangt. Diese Vorlage basierte auf einer Verständigungslösung zwischen dem Bundesrat und den Personalverbänden.

Vielen Schweizerinnen und Schweizer ist ja schon lange bekannt, dass die PTT wie auch die SBB-Betriebe unter einer prekären Personalsituation leiden. Das Dienstleistungsangebot diese Regiebetriebe kann nur noch dank grosser Ueberzeitleistungen, Verzieht auf Ruhetage, Verschiebung der Ferien usw. einigermassen aufrecht gehalten werden. Dies sind Gründe die viele Bundesbedienstete veranlassen dem Bund zu kündigen und in die Privatwirtschaft abwandern. Dass dies nicht nur in den grossen Städten und deren Agglomerationen der Fall ist, sollte endlich auch im Bundeshaus bekannt sein.

Auch in sogenannten ländlichen Gegenden, in unserem Fall der Raum Olten-Aarau wird die Personalknappheit immer prekärer. Es ist unbestritten, dass die Löhne des öffentlichen Personals denjenigen der privaten Arbeitnehmerschaft hintennach sind. Deshalb ist der Entscheid des Bundesrates völlig daneben und falsch. Das Funktionieren der öffentlichen Dienste für die nahe Zukunft ist in Gefahr. Das Parlament und die Landesregierung tun gut daran diese Sachlage genau abzuwägen. Denn nur sie tragen die Verantwortung möglicher unbeliebten Folgen. Will das Schweizer Volk, dass Züge nicht mehr fahren oder dass die Briefkästen leer bleiben? Die Platzunion Olten glaubt das kaum, deshalb unseren dringenden Appell an die Politiker dem bundesrätlichen Schritt nicht zu folgen. Die „Einsparung“ im Budget 1991 könnte dem Bund sehr, sehr teuer zu stehen kommen, denn bei weiterem Lohnrückstand und zunehmendem Stress werden bestimmt die Austritte weitergehen. Die Platzunion Olten und Umgebung hofft, dass der Bundesrat auf seinen Entscheid zurückkommt. Sollte dies nicht der Fall sein, wird eine dringliche Sitzung des Föderativverbandes einberufen. Die Geschäftsleitung ist überzeugt, dass die Bähnler und Pöstler bereit sind für diese Sache einzustehen und bei Aktionen welcher Art auch immer dabei sind.

SoAZ, 12.9.1990.

PTT-Union > Besoldungsmassnahmen. SoAZ, 1990-09-12